
255/E-BR/2018 - EntschlieÙung

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 8. November betreffend Einbeziehung von Behindertenorganisationen in die Erarbeitung des Einföhrungserlasses und Evaluierung der Neuregelung

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 24. Oktober 2018 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird (386/A)

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend wird ersucht,

- Behindertenorganisationen in die Erarbeitung des an die Finanzämter adressierten Einföhrungserlasses zur Vollziehung der gegenständlichen Sicherstellung der erhöhten Familienbeihilfe für alle Menschen mit Behinderung, die bisher einen Eigenanspruch hatten, einzubeziehen und

- die Vollziehung dieser Bestimmungen auf Basis eines laufenden Monitorings im Hinblick auf Einzelfälle und Gesamtvolumen ein Jahr nach Inkrafttreten einer Evaluierung zu unterziehen und diese in Form eines Berichts dem Parlament zuzuleiten.“